

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderates

am 28.07.2025, Beginn 18:02 Uhr, Ende 20:26 Uhr,
in Muggensturm im Bürgersaal des Rathauses

Vorsitzender: Bürgermeister Johannes Kopp

Zahl der anwesenden ordentlichen Mitglieder: 13 (Normalzahl: 15)

Namen der **nicht anwesenden** ordentlichen Mitglieder: GR J. Schneider
GR T. Ramsteiner

Schriftführer/in: Jonas Käser

Als Urkundspersonen wurden bestellt: GR D. Müller
GR G. Müller

Sonstige Verhandlungsteilnehmer:
HAL Gerstner
Hr. Ruschmann, Ing. – Büro Wald + Corbe zu TOP 2
Fr. Trapp, Ing. – Büro Wald + Corbe zu TOP 3
Fr. Kraft-Bär, Rechnungsamtsleitung zu TOP 4

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **18.07.2025** ordnungsgemäß eingeladen wurde;
2. Die öffentliche Bekanntmachung war am **24.07.2025**
3. das Kollegium beschlussfähig ist, weil mindestens 8 Mitglieder anwesend sind.

Bürgermeister Johannes Kopp begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung, zu der form- und fristgerecht eingeladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig, da mindestens 8 Mitglieder anwesend sind.

1. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Frau Schneider aus der Hauptstraße 56 erkundigt sich, ob im Gemeindeanzeiger am kommenden Donnerstag deutlicher ersichtlich sein wird, welcher Teilabschnitt der L67 im Rahmen des ersten Bauabschnitts gesperrt ist. Herr Kopp nimmt die Anregung zur Kenntnis und sichert zu, dass man auch die Presse kontaktieren wird, mit der Bitte, die Informationen am Wochenende auch in der Tageszeitung zu veröffentlichen. Er weist darauf hin, dass von der Sperrung nicht nur die Gemeinde Muggensturm betroffen ist, weshalb eine breitere Berichterstattung sinnvoll sei.

2. Städtebauliches Sanierungsgebiet „Am Bahnhof“ LSP III 2. Bauabschnitt – Beschluss über mögliche Einsparungen

Herr Ruschmann vom Ingenieurbüro Wald + Corbe Consulting GmbH stellte zunächst verschiedene potenzielle Einsparungsmöglichkeiten aus dem beauftragten Leistungsumfang vor. Dabei wurde unter anderem vorgeschlagen, die Anzahl der Fahrradabstellanlagen von sechs auf vier Module zu reduzieren, was eine Einsparung von 43.269,08 € brutto zur Folge hätte. Der Verzicht auf den geplanten Bücherschrank würde weitere 4.794,53 € brutto einsparen, und durch den Wegfall der Fahrradreparaturstation könnten zusätzlich 3.384,18 € brutto eingespart werden. Insgesamt ergibt sich damit ein mögliches Einsparungspotenzial in Höhe von rund 51.447,79 € brutto. Zusätzlich wurde darauf hingewiesen, dass die RegioMove Sign-Module bislang nicht ausgeschrieben wurden. Sollte auf diese verzichtet werden, ergibt sich ein weiteres Einsparpotenzial in Höhe von rund 34.000,00 € brutto einschließlich Baunebenkosten. Die Radabstellanlage soll künftig vollständig durch den Systemanbieter bewirtschaftet werden. Der Zugang erfolgt automatisiert über eine Bedieneinheit vor Ort. Daraus ergeben sich einmalige Kosten für die Software in Höhe von 1.487,50 € brutto sowie jährliche Mehrkosten von rund 580,00 € brutto, die jedoch durch den Wegfall von Verwaltungsaufwand und die komfortablere Nutzung vor Ort ausgeglichen werden.

Die Zuschussprognose für den LSP-Zuschuss beläuft sich voraussichtlich auf 533.275 €. Für die Gesamtmaßnahme sind im Haushalt 2025 Haushaltsmittel in Höhe von 1,82 Mio. € eingestellt. Für das Haushaltsjahr 2026 ist eine weitere Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,436 Mio. € vorgesehen.

Frau Gemeinderätin Sölter zeigte sich verwundert über die Überlegung, die Fahrradreparaturstation wegzulassen, da sie damals dem Beschluss nur zugestimmt hatte aufgrund dieser Station.

Die MBV-Fraktion zeigt sich dankbar, dass Einsparungspotenziale gefunden wurden – jede Einsparung, auch in Höhe von 1.000 €, sei in der aktuellen Haushaltslage von Bedeutung. Es wurde jedoch kritisch angemerkt, dass die Umsetzung eines Bücherschranks für rund 4.800 € derzeit nicht vermittelbar sei und im Ort voraussichtlich nicht gut ankommen wird. Auch bei der geplanten Fahrradreparaturstation mit Kosten von über 3.000 € müsse das Risiko von Vandalismusschäden mitbedacht werden. Insgesamt sei angesichts der angespannten finanziellen Situation ein Umdenken erforderlich, da man sonst die Kurve nicht kriegt. Die MBV-Fraktion spricht sich daher dafür aus, sowohl auf den Bücherschrank als auch auf die Fahrradreparaturstation zu verzichten, so GR Unser.

BM Kopp entgegnete, dass es ihm wichtig sei, einen Ort zu schaffen, an dem sich die Menschen gerne aufhalten und kommunizieren. Bezüglich der Reparaturstation gebe es theoretisch die Möglichkeit, die Fahrradreparaturstation an der Schule zu nutzen, jedoch sei diese nicht zugänglich, wenn der Schulhof geschlossen ist.

Die SPD-Fraktion (GRin Rodriguez) begrüßt die Fortschritte des Projekts. Einsparmaßnahmen seien zwar richtig und verantwortungsvoll, dürften jedoch nicht zu Lasten der Qualität gehen. Der Bücherschrank werde als Symbol für Bildung und sozialen Zusammenhalt gesehen. Mit der Fahrradreparaturstation würde zum Ausdruck gebracht werden, dass die Gemeinde es ernst meint mit klimafreundlicher Mobilität. Auf die RegioMove-Elemente könne hingegen verzichtet werden. Dem Beschlussvorschlag könne daher zugestimmt werden.

Die CDU-Fraktion (GRin Haller-Müller) schließt sich der Einschätzung der SPD-Fraktion an und wird dem Beschluss zustimmen.

Herr Gemeinderat G. Müller merkt an, dass es ungünstig sei, dass sich ein Bücherschrank im Rathaus und in der evangelischen Kirche befindet. Ein Zugang von außen sollte gewährleistet sein.

Herr Gemeinderat Jüngling betont, dass der Bücherschrank konzeptionell in einen Rahmen gebracht werden sollte. Aus seiner Sicht fehlt bislang die übergeordnete Klammer. Er regt an, regelmäßig darüber zu informieren, wo sich welche Angebote befinden und zu welchen Zeiten dies öffentlich zugänglich sind. Insgesamt müsse die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich verstärkt werden.

Frau Gemeinderätin Alles äußert, dass sie sich den Ausführungen von Frau Gemeinderätin Rodriguez (SPD-Fraktion) anschließt. Auch im Hinblick auf den Bücherbus sieht sie in den Erwachsenen ein wichtiges Vorbild für die Kinder. Sie würde nur ungern auf den Bücherschrank verzichten, merkt jedoch an, dass sie die Höhe der Kosten von rund 5.000 € bedauerlich findet. Sie wirft in diesem Zusammenhang den Gedanken in den Raum, stärker auf Recycling zu achten und beispielsweise eine alte Telefonzelle als Bücherschrank zu nutzen, was günstiger wäre.

Herr Gemeinderat Unser teilt mit, dass auch er sich den Ausführungen von Frau Rodriguez anschließen kann. Er betont, dass der Bücherschrank und die Fahrradreparaturstation wünschenswert seien, jedoch nicht zwingend notwendig. Angesichts der finanziellen Lage hält er beide Ausstattungsmerkmale für nicht angebracht.

Herr Gemeinderat Herz regt an, mögliche Folgekosten von der Station zu berücksichtigen und erkundigt sich nach der potenziellen Gefahr von Vandalismus.

Herr Ruschmann äußert daraufhin, dass dies abhängig sei vom Material der Seile.

Frau Gemeinderätin Alles teilt Verständnis für die Einschätzung von GR Unser und richtet die Frage an Frau Kraft-Bär, wie sich die aktuelle finanzielle Lage darstellt und ob es unter diesen Bedingungen sinnvoll sei, Maßnahmen zur Förderung der Mobilität umzusetzen. Frau Kraft verweist darauf, dass bei der Entscheidung insbesondere der Nutzen sowie die tatsächliche Inanspruchnahme der Maßnahme berücksichtigt werden sollte. Frau Gemeinderätin Sölter ergänzt, dass hinsichtlich der Schuldenlage geschaut werden solle, ob der Mehrwert gegeben ist.

Herr GR Unser betont daraufhin nochmals, dass es wünschenswert, aber nicht notwendig sei.

Beschlussfassung:

- 1. Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Annahme des Nachtragsangebots der ARGE Grötz/Reif GmbH & Co.KG.**
- 2. Der Gemeinderat beschließt mit 8 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen die Beibehaltung des Bücherschranks.**
- 3. Der Gemeinderat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen die Beibehaltung der Fahrradreparaturstation.**
- 4. Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Verzicht der RegioMove Elemente.**
- 5. Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Umstellung der Bewirtschaftung der Radabstellanlagen auf ein externes Betreiberkonzept.**

3. Neubaugebiet „Falkenäcker/Stangenäckerle“ Begrünung und Ausstattung

Frau Trapp stellt die geplanten Begrünungsmaßnahmen sowie die Planung verschiedener Ausstattungselemente wie Bänken, Mülleimern, Fahrradabstellmöglichkeiten und Hundekotbehältern vor. Zunächst wird die Begrünung der Lärmschutzwände erläutert. Geplant ist

eine Bepflanzung mit Efeu, Immergrüner Geißschlinge, Wildem Wein, Gemeiner Waldrebe und Kletterrosen. Frau Trapp weist darauf hin, dass eine zweijährige Pflegephase im Rahmen des Projekts enthalten ist. Danach geht die Pflegeverantwortung auf die Gemeinde über. Sie betont in diesem Zusammenhang, dass aber insbesondere zu Beginn ein deutlich höherer Pflegeaufwand besteht.

Frau Gemeinderätin Haller-Müller wirft ein, dass Efeu, Wilder Wein etc. keinen nennenswerten Bewässerungsbedarf habe und es positiv sei, dass die Pflanzen frohwüchsig sind. Der Wasserbedarf gehe nahezu gegen null, was im Hinblick auf den Pflegeaufwand von Vorteil sei.

Die vorgesehene Begrünung umfasst unter anderem Obstbäume wie Apfel und Birne, Hainbuche und Feldahorn sowie eine durchgehende Bepflanzung entlang der Lärmschutzwände mit Sträuchern. Diese Maßnahmen dienen nicht nur der optischen Aufwertung, sondern fördern auch die Artenvielfalt und bieten Nahrungsketten für Tiere.

Frau Trapp empfiehlt ausdrücklich die Begrünung innerhalb der Bebauung zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen, bevor die Begrünung durch Baumaßnahmen oder ähnliches kaputt geht. Sie betont, dass es sinnvoll sei Wegsperrern einzuplanen, sodass Kinder die Spielplätze nicht so einfach verlassen können und schlägt vor Fahrradabstellmöglichkeiten anzubieten. Auch sind Sitzmöglichkeiten und Abfallbehälter sinnvoll. Geplant ist der Abfallbehälter „SHIPLEY“ (8 Stück) der Firma Ziegler, wahlweise mit oder ohne Ascher. Hinsichtlich der Sitzbänke (8 Stück) wird das Bitburg-Modell empfohlen, sowie 20 Fahrrad Anlehnbügel „Utah“ vorgeschlagen. Des Weiteren sind drei Hundekotbehälter „Dog Station Typ M5“ und zwei Umlaufsperrern geplant. Auch wird als Strukturelement ein Naturstein empfohlen, um die Artenvielfalt aufzugreifen. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt 817.000 € inkl. Nebenkosten und sind im Budget der Entscheidungsträger so vorgesehen.

Herr Gemeinderat Unser trägt vor, dass es schlecht sei, dass die Lärmschutzwand vom Gesetzgeber aufgedrückt wurde. Bezüglich der vorgesehenen Bepflanzung mit den Bäumen zeigt er sich grundsätzlich einverstanden, äußert jedoch Bedenken gegenüber den geplanten Obstbäumen. Diese könnten durch herabfallendes Fallobst insbesondere für Kinder und durch die Anziehung von Bienen potenzielle Gefahren darstellen.

Herr Gemeinderat Jüngling merkt an, dass auf beherrschbare Folgekosten geachtet werden sollte. Hinsichtlich der vorgesehenen Obstbäume merkt er an, dass niemand Zeit für die notwendige Pflege habe, er spreche sich daher eher für pflegeleichte Laubbäume aus. Es sollten Gehölze gewählt werden, die mit geringem Pflegeaufwand verbunden sind, um zusätzliche Belastungen etwa im Bereich des Bauhofs zu vermeiden. Als unterstützende Maßnahme schlägt er vor, Baum-Patenschaften einzuführen. Wenn ein Baum direkt an ein Grundstück grenzt, könnten die Anwohner die Verantwortung für dessen Pflege übernehmen. Zudem merkt er an, dass es bislang zu wenige Sitzgelegenheiten gebe, was angesichts einer immer älter werdenden Bevölkerung problematisch sei. Er regt an, die Bänke auf Betonplatten zu montieren, um Wartung und Pflege zu erleichtern und damit langfristig Folgekosten zu reduzieren. Weiter merkt er an, dass es wichtig sei, die vorgesehenen Sperrern so beweglich wie möglich zu gestalten, um im Notfall schnell reagieren zu können. Mehrkosten würden in diesem Zusammenhang aus Sicherheitsgründen keine Rolle spielen.

Frau Gemeinderätin Haller-Müller äußert, dass ihr das vorgestellte Konzept gut gefällt, insbesondere der vielfältige Bewuchs. Ihrer Ansicht nach braucht es mehr Gelassenheit im Umgang mit möglichen Folgekosten und dem Pflegeaufwand. Die vorgesehenen Bänke hält sie für wichtig, insbesondere für Menschen, die nicht mehr so gut zu Fuß sind. Die Sitzgelegenheiten sollten dort platziert werden, wo sich die Menschen tatsächlich aufhalten und bewegen.

Frau Gemeinderätin Alles zeigt sich erstaunt über die geäußerte Kritik an den Obstbäumen. Zwar kann sie die Argumentation nachvollziehen, hält die Nutzung dieser jedoch für einen charmanten Gedanken.

Frau Gemeinderätin Sölter spricht sich dagegen aus, die Lärmschutzwand bereits jetzt zu begrünen, da zunächst geklärt werden sollte, ob eine Nachrüstung mit Photovoltaikanlagen möglich ist. Zudem regt sie an, eventuell mehr Sitzbänke einzuplanen, und weist darauf hin, dass Obstbäume in der Pflege sehr aufwendig seien.

Daraufhin äußerte sich Frau Trapp, dass der Bebauungsplan die Pflanzung von Obstbäumen vorschreibt. Hinsichtlich einer möglichen Photovoltaikanlage müsse geprüft werden, ob eine Nachrüstung möglich sei, allerdings könne in diesem Fall kein Baum mehr vor der Wand gepflanzt werden. Eine Installation einer PV-Anlage auf der Oberkante der Wand sei grundsätzlich möglich, allerdings sei dabei die erhebliche Höhe der Wand zu berücksichtigen. Zudem müsste die aktuell geplante Begrünung im Bereich vor der Wand entfallen, sollte eine PV-Anlage realisiert werden.

HAL Gerstner ergänzt, dass die Bepflanzung der Lärmschutzwand Bestandteil des Ausgleichskonzepts ist.

Herr Gemeinderat Jüngling merkt an, dass sich spielende Kinder in Grenzen halten. Gegen die Bepflanzung von Nuss- oder Kastanienbäumen habe er keine Einwände.

Herr Gemeinderat Kimmig hinterfragt, ob die Schranke überhaupt für die Feuerwehr vorgesehen ist, und weist darauf hin, auch an die Mitarbeiter des Bauhofs zu denken.

Beschlussfassung:

- 1. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, der geplanten Pflanzung von Baumgruppen (u.a. Feldahorn, Erle spaethii, Blumenesche, Hainbuche und Amberbaum) zuzustimmen.**
- 2. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, der geplanten Strauchpflanzung (Hartriegel, Hasel, Weißdorn, Pfaffenhütchen, Liguster, Schlehe, Rotblättrige Rose, Purpurweide, Holunder und Schneeball) zuzustimmen.**

Hinsichtlich der Obstgehölze merkt Frau Trapp an, dass ein gänzlichliches Streichen der Obstbäume den Vorgaben des Bebauungsplans widerspricht. Frau Gemeinderätin Sölter äußert, man solle so viel Obstbäume wie möglich reduzieren. Herr Gemeinderat Jüngling schlägt vor, neben dem Spielplatz keine Obstbäume zu pflanzen.

Im weiteren Verlauf stellte Herr Gemeinderat Eisele den Antrag die Zahl der geplanten 16 Obstbäume auf 8 Obstbäume zu reduzieren. Die 8 Obstbäume sollen dort gepflanzt werden, wo die öffentliche Verkehrsfläche nicht beeinträchtigt wird. BM Kopp bittet um Abstimmung bezüglich des Antrags und stellt klar, dass die anderen Bäume in anderer Form gepflanzt werden, man also insgesamt trotzdem 16 Bäume pflanzt.

- 3. Der Gemeinderat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen, dem Antrag von Herr Gemeinderat Eisele auf eine Reduzierung der geplanten 16 Obstbäume auf 8 Obstbäume zuzustimmen.**
- 4. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den geplanten Blühwiesen rund um das Versickerungsbecken zuzustimmen.**
- 5. Der Gemeinderat beschließt mit 12 Ja-Stimmen und einer Enthaltung, der geplanten Begrünung der Lärmschutzwand zuzustimmen.**

Hinsichtlich der Möblierung stellt Herr GR Jüngling den Antrag, unter den Sitzbänken Betonplatten vorzusehen. Frau Trapp erklärt, dass dies mit keinem großen Aufpreis verbunden sei. BM Kopp äußert sich kritisch und betont, dass er den Einsatz von Betonplatten in der Grünfläche schade findet. Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen abgelehnt.

- 6. Der Gemeinderat beschließt mit 12 Ja-Stimmen und einer Enthaltung, der Variante 1: Bank „Bitburg“ (8 Stück) zuzustimmen.**
- 7. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den geplanten Abfallbehältern ohne Ascher (8 Stück) zuzustimmen.**

8. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den geplanten Fahrradbügel (20 Stück) zuzustimmen.
9. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den geplanten Hundekotbehältern (3 Stück) zuzustimmen.
10. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den geplanten Umlaufsperrern (2 Stück) zuzustimmen.
11. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dem geplanten Strukturelement „Natursteinmauer“ zuzustimmen.

Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt in enger Abstimmung mit dem Ingenieurbüro Wald & Corbe.

4. Entscheidung über die Annahme von Spenden

Frau Kraft-Bär berichtet über den Eingang einer Spende in Höhe von 10.000 € von der Firma Tensid-Chemie GmbH. Sie weist darauf hin, dass auf mehr Spenden gehofft wird.

Der Gemeinderat beschließt mit 12 Ja-Stimmen und einer Enthaltung die Annahme der Spende in Höhe von 10.000 € der Tensid-Chemie GmbH zugunsten der Gemeinde-Stiftung.

Frau Kraft-Bär regte an, das bisherige Verfahren zur Behandlung von Spenden über 1.000 €, im Hinblick auf die intensive Bemühung, weitere finanzielle Mittel für die Gemeinde-Stiftung einzuwerben, zu ändern. Bislang mussten solche Spenden jeweils einzeln und zeitnah dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden. Frau Kraft-Bär stellte den Antrag, dass die Verwaltung künftig die Möglichkeit erhalten soll, im Zusammenhang mit der Einwerbung von Spenden für die Gemeinde-Stiftung höhere Einzelspenden über 1.000 € für einen definierten Zeitraum zu sammeln und diese anschließend gebündelt zum Quartalsende in einer Gesamtliste dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Frau Gemeinderätin Sölter schlägt vor, den Wortlaut „für die Gemeinde-Stiftung“ im Beschlussvorschlag wegzulassen. BM Kopp findet diesen Vorschlag gut.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, im Zusammenhang mit der Einwerbung von Spenden, der Verwaltung die Möglichkeit einzuräumen, auch Einzelspenden über 1.000 € zu sammeln und diese gebündelt dem Gemeinderat jeweils zum Quartalsende zur Entscheidung vorzulegen.

5. Informationen der Verwaltung und Anfragen des GR

BM Kopp informiert über folgende Punkte:

1. Erweiterung der Schulsozialarbeit an der Albert-Schweitzer Schule

Es wird berichtet, dass die Schulsozialarbeit an der Albert-Schweitzer Schule künftig von 50% auf 75% aufgestockt werden soll. Die zusätzlichen 25% werden nicht von Frau Bachofner, sondern von Frau Baumgärtner übernommen. BM Kopp bittet in diesem Zusammenhang um eine Rückmeldung.

Frau Gemeinderätin Alles erkundigt sich zunächst, welche Vorteile es mit sich bringt, wenn die zusätzlichen 25% jemand anderes übernimmt und möchte wissen, ob der Beschluss auch bereits in der heutigen Sitzung gefasst werden kann. BM Kopp erläutert, dass es mehrere Vorteile hinsichtlich der Aufteilung gibt. Zum einen die Sympathie: das ein oder andere Kind fühlt sich möglicherweise bei Frau Baumgärtner wohler und kann sich bei ihr mehr öffnen. Zum anderen ist so im Krankheitsfall eine Vertretung gewährleistet. Außerdem würde die Schulsozialarbeit nicht von heute auf morgen bei null, sollte Frau Bachofner eines Tages das evangelische Mädchenheim verlassen. Ein heutiger Beschluss ist nach den Vorgaben der Gemeindeordnung Baden-Württemberg nicht möglich. Man möchte sich nur ein Stimmungsbild abholen. Bezüglich

der Vorteile merkt Frau Gemeinderätin Rodriguez an, dass Frau Baumgärtner jünger sei und möglicherweise neue Impulse und Ideen in die Schulsozialarbeit einbringen könne.

Im Rahmen einer Vorabstimmung beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass die zusätzlichen 25% durch Frau Baumgärtner abgedeckt werden.

Das Gremium sprach sich dafür aus, die Gemeinderatsbeschlussfassung durch das schriftliche Verfahren (§ 37 Abs. 1 Gemeindeordnung) vorzunehmen. Sollte binnen einer Woche kein Widerspruch eingehen, gilt der Beschluss als gefasst.

Des Weiteren soll die fachliche Leitung der Kernzeitbetreuung über das evangelische Mädchenheim, Frau Bachofner, mit einem Zeitanteil von 4 Std./ Arbeitswoche übernommen werden.

2. Neue Praktikantin

BM Kopp informiert über die neue Praktikantin Nele Reiser, die im Rahmen ihres Studiums ein Praktikum bei der Gemeinde absolviert und dabei den Bereich „Kommunalpolitik, Führung im öffentlichen Sektor“ vertieft. Er heißt sie herzlich Willkommen und teilt mit, dass sie bis Mitte November bei der Gemeinde tätig sein wird.

3. Einsparung Barrierefreier Zugang an der Albert-Schweitzer-Schule

Bezüglich des barrierefreien Zugangs an der Albert-Schweitzer-Schule informiert BM Kopp, dass ursprünglich Kosten in Höhe von 82.000 € veranschlagt waren. Die Maßnahme konnte jedoch günstiger umgesetzt werden und beläuft sich nun auf lediglich 58.000 €. Dadurch ergab sich eine Einsparung in Höhe von 24.000 €.

4. Verlosung Bauplätze Neubaugebiet „Falkenäcker/Stangenäckerle“

Des Weiteren wurde mitgeteilt, dass die Vergabe der Bauplätze im Neubaugebiet „Falkenäcker/Stangenäckerle“ am 10. Oktober 2025 im Rahmen eines Losverfahrens erfolgt. Die Veranstaltung findet in der Wolf-Eberstein Halle in Muggensturm statt.

5. Verkehrskonzept:

Die Schleppkurvennachweise müssen aus Sicht des Landratsamtes überarbeitet werden. Auch muss die Anordnung von Parkständen nochmals überdacht und überarbeitet werden. Des Weiteren erfordern die Verkehrsrechtliche Regelung (Halteverbotszonen, streckenbezogenes Halteverbot), sowie etwaige Kurzzeitparkplätze eine nähere Betrachtung. Auch soll nochmals kritisch geprüft werden, ob tatsächlich alle vorgesehenen Parkregelungen erforderlich sind. Die Rückmeldung wurde am 21.07.2025 an das Büro Koehler & Leutwein zur Überarbeitung übermittelt.

6. Verunreinigung Ableitung Wehr Federbach:

Bezüglich einer möglichen Reinigung der Ableitung Wehr Federbach durch das Regierungspräsidium wurde ein Erinnerungsschreiben versendet. Anschreiben gingen am 11. April, 05. Juni und zuletzt am 22. Juli dieses Jahr heraus, jedoch liegt bis heute keine Rückmeldung vor.

7. Amazon – Auslieferungslager in Bietigheim:

Laut dem Verband mittlerer Oberrhein ist die Anbindung der B3 an die A5 ausreichend leistungsfähig.

Herr GR Eisele merkt an, dass seiner Ansicht nach die Grundaussage des Briefes nicht ausreichend sei und erkundigt sich nach der Möglichkeit Einspruch einzulegen, da er das Amazon Auslieferungslager nicht möchte. Man solle aktiv dagegen vorgehen und mögliche Rechtsgrundlagen prüfen. Auch bestehe ein tiefer Wunsch der Bevölkerung nach keinem weiteren Auslieferungslager.

BM Kopp betont, dass man aktuell die Füße stillhalten soll und erst dagegen vorgehen soll, wenn das Verfahren am laufen ist, ansonsten seien alle Möglichkeiten ausgeschöpft, bevor es überhaupt losgeht. Man erhofft sich mehr Chancen, wenn man am Schluss dagegen vorgeht. GR Jüngling merkt an, dass Amazon 2.000 Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor bringt und ein Konzept bezüglich Wohnraum nicht vorhanden ist.

GR Heger stellte den Antrag, dass im Gemeinderat vorgestellt und informiert werden soll, was konkret geplant ist.

BM Kopp teilt mit, dass er sich absprechen wird und sich darum kümmert, dass nach der Sommerpause eine Vorstellung stattfindet.

8. SunSet Beach:

Des Weiteren wurde vom Restaurant Del Parco gemeinsam mit Herr Thomas Schenkel eine Anfrage bezüglich eines SunSet Beach Projekts gestellt. Man steht dem Projekt positiv gegenüber. Kann für ein Wochenende ausprobiert werden, jedoch nicht dauerhaft.

9. Badesee:

BM Kopp informiert, dass der Badesee kurzfristig geschlossen werden musste, da Wasserproben vom vergangenen Donnerstag eine zu starke Verkeimung ergaben. Am Montag fand eine erneute Messung statt. Sobald die Ergebnisse vorliegen, werden diese mitgeteilt.

Anfragen des Gemeinderates:

1. Pflegezustand der Ableitung Wehr ins Neubaugebiet

Gemeinderat Heger berichtet von einer Begehung des Natur- und Umweltschutzvereins, bei der festgestellt wurde, dass die Ableitung Wehr Federbach ins Neubaugebiet nicht gepflegt sei. Herr Gerstner vom Hauptamt merkt dazu an, dass dieses Problem bereits bekannt sei. Aufgrund naturschutzrechtlicher Vorgaben dürfe der Bereich jedoch nur bei akuter Gefährdung betreten bzw. geöffnet werden.

2. Obstbäume in der freien Landschaft

GR Jüngling erkundigt sich, ob Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, Früchte von freistehenden Obstbäumen zu ernten, bevor diese verderben. Bürgermeister Kopp teilt mit, dass der Ertrag derzeit gesichert sei. Eine Lösung für das weitere Vorgehen werde bis zur Erntesaison durch die Gemeinde erarbeitet.

3. Nutzung und Belegung der Wolf-Eberstein-Halle

GR Eisele weist auf wiederholte Missverständnisse bei der Hallenbelegung hin. Er schlägt vor, einen gemeinsamen Termin mit sämtlichen Nutzerinnen und Nutzern der Räume zu vereinbaren, um die Problematik zu erörtern.

Zudem berichtet er von erheblichen Verschmutzungen der oberen Halle nach bestimmten Veranstaltungen (z.B. Abiturfeiern, private Feiern). Offenbar besteht ein Zugang über das Stuhllager zur oberen Halle. Es wird angeregt, diesen Zugang künftig zu verschließen, um solche Vorfälle zu vermeiden.

Des Weiteren stellt GR Eisele die Frage, ob im Bereich Rosengarten oder anderen geeigneten Flächen weitere Bäume gepflanzt werden könnten.

- **Die Verwaltung nimmt sich der genannten Punkte an und wird nach der Sommerpause berichten.**

4. Nutzung der Wolf-Eberstein-Halle

GR D. Müller schlägt vor, bestimmte Veranstaltungen in die Räumlichkeiten des Kindergartens Oase zu verlegen, um die Halle zu entlasten. BM Kopp entgegnet, dass diese Räume als Reserve (Back-up) vorgesehen seien.

5. Umgestaltung des Hebelplatzes

GR D. Müller erkundigt sich nach dem Stand der geplanten Umverlegung der Sportgeräte vom Hebelplatz zu den Freizeitanlagen. BM Kopp berichtet, dass vor Ort bereits eine Begehung stattgefunden habe. Frau Bechler habe dabei eine alternative Fläche vorgeschlagen, die fußläufig besser erreichbar sei.

6. Schulwegkonzept

GR D. Müller fragt, ob ein Schulwegkonzept für Muggensturm geplant sei, vergleichbar mit dem Projekt „Mit Hardty sicher zur Schule“ in Bietigheim. BM Kopp erläutert, dass die örtlichen Gegebenheiten in Muggensturm eine andere Herangehensweise erfordern.

7. Einsatz des Bauhofs und Zustand des Friedhofs

GR Unser erkundigt sich nach den Einsatzmöglichkeiten des Bauhofs bei öffentlichen Veranstaltungen sowie nach der grundsätzlichen Aufgabenverteilung. Zudem äußert er Kritik am derzeitigen Zustand des Friedhofs.

BM Kopp erklärt, dass Anfragen an den Bauhof mindestens 14 Tage im Voraus gestellt werden müssen, um eine Einplanung zu ermöglichen. GR Unser spricht sich dafür aus, eine verbindliche Regelung zu schaffen, um eine Überlastung des Bauhofs zu vermeiden. Auch sei zu prüfen, ob für Reinigungs- und Aufräumarbeiten nach Vermietungen eine Gebühr erhoben werden könne.

8. Hundeverkehr auf dem Trimm-dich-Pfad

GR Unser berichtet von wiederholten Begegnungen mit freilaufenden Hunden auf dem Trimm-dich-Pfad, wobei es in einem Fall beinahe zu einem Biss gekommen sei. Er stellt die Frage, ob Hunde grundsätzlich auf diesem Pfad erlaubt seien und ob eine generelle Sperrung für Hunde in Erwägung gezogen werden könne.

9. Parken von Wohnmobilen an der Saugasse

GR Kimmig begrüßt die Entfernung der abgestellten Wohnwagen und erkundigt sich, ob das Parken von Wohnmobilen auf dem Parkplatz an der Saugasse künftig unterbunden werden könne.

- Die Verwaltung äußert Bedenken. Bei Fahruntüchtigkeit der Fahrzeugführer bestehe grundsätzlich keine Möglichkeit, das Parken zu verhindern.

